

N I E D E R S C H R I F T

über die **38.** Sitzung des **des Kreisausschusses** (XIV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **04.06.2008**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss, Besprechungsraum 2,
Oberstraße 91, 41460 Neuss
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 16:15 Uhr
Der Vorsitz führte: Landrat Dieter Patt

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzende/r

1. Herr Landrat Dieter Patt

• CDU-Fraktion

2. Frau Irmintrud Berger
 3. Herr Heijo Drießen
 4. Herr Karl-Heinz Ehms
 5. Herr Reiner Geroneit
 6. Herr Heinz-Ferdi Heimanns
 7. Herr Gerhard Heyner
 8. Herr Eberhard Hücker
 9. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 10. Frau Beate Pricking
 11. Frau Maria Widdekind
- Vertretung für Graf Bertram von Nesselrode
Vertretung für Herrn Dr. Christian Will
ab 15:12 Uhr
Vertretung für Herrn Lutz Lienenkämper
Vertretung für Frau Ursula Kwasny

• SPD-Fraktion

12. Herr Horst Fischer
 13. Herr Stephan Ingenhoven
 14. Herr Dieter Jüngerkes
 15. Herr Reinhard Rehse
 16. Herr Rainer Thiel
- Vertretung für Frau Ulrike Apel-Haefs

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17. Frau Susanne Stephan-Gellrich
- Vertretung für Herrn Erhard Demmer

- **FDP-Fraktion**

18. Herr Bijan Djir-Sarai

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

19. Herr Jürgen Güsgen

ab 15:10 Uhr

- **Verwaltung**

20. Herr Ingolf Graul

21. Herr Günter Hassels

22. Frau Ulrike Holz

23. Herr Tillmann Lonnes

24. Herr Karsten Mankowsky

25. Herr Johannes Nordmann

26. Herr Hans-Jürgen Petruschke

27. Herr Stefan Stelten

28. Herr Harald Vieten

- **Schriftführer/in**

29. Herr Jürgen Klose

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	4
2.1.	Jugendhilfeausschuss vom 15.05.2008	4
2.2.	Schulausschuss vom 19.05.2008	5
2.3.	Planungs- und Umweltausschuss vom 20.05.2008	5
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften der Ausschüsse	6
3.1.	Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde vom 24.04.2008	6
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung (Stand: April - Mail 2008) Vorlage: 61/069/2008	6
5.	Bericht zur Regionalarbeit (Stand: April - Mai 2008) Vorlage: 61/070/2008	7
6.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende	7
7.	Ausbau der Schwerpunktbildung an den Berufsbildungszentren Vorlage: 40/071/2008	8
8.	Mehrzweckgebäude für die Joseph-Beuys-Schule Vorlage: 40/072/2008	8
9.	Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 11.06.2008 -öffentlicher Teil-	9
10.	Mitteilungen	10
11.	Anfragen	11
11.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.05.2008 zum Thema "Transparente Verwaltung"; hier: Sponsoringleistungen für den Rhein-Kreis Neuss	11

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Dieter Patt begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich gab an, die Einladung zur Sitzung nicht erhalten zu haben. Sie zweifle den ordnungsgemäßen Versand jedoch nicht an, sondern gehe von einem Zustellungsfehler aus.

Landrat Dieter Patt dankte für den Hinweis, dem man nachgehen werde.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu TOP 2.3 - öffentlicher Teil

„Bestätigung der Beschlüsse der Ausschüsse - Planungs- und Umweltausschuss vom 20.05.2008“

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.05.2008 zum Thema „Altpapierentsorgung“ ☒

zu TOP 9“ - öffentlicher Teil

„Mitteilungen

Erweiterung der Tagesordnung des Kreistags um TOP 14 „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben“

zu TOP 1 - nicht öffentlicher Teil

„Vorbereitung der Tagesordnung

Tischvorlage „Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters“

zu TOP 2.2 - nicht öffentlicher Teil

„Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse – Betriebsausschuss der Seniorhäuser des Rhein-Kreises Neuss“

Niederschrift vom 29.05.2008

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Jugendhilfeausschuss vom 15.05.2008

KA/20080604/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 15.05.2008 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

2.2. Schulausschuss vom 19.05.2008

KA/20080604/Ö2.2

Beschluss:


Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Schulausschusses vom 19.05.2008 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

2.3. Planungs- und Umweltausschuss vom 20.05.2008

Protokoll:

Der Kreistagsabgeordnete Reinhard Rehse erinnerte an den umfangreichen Fragenkatalog seiner Fraktion zum Energiepakt.

Landrat Dieter Patt merkte an, dass der Energiepakt langfristig angelegt sei und dass man derzeit noch an Berechnungen arbeite. Der Energiepakt umfasse viele große Projekte mit zahlreichen Partnern. Man werde über die Entwicklung laufend berichten. Schließlich sollen gute Ergebnisse erzielt und herausragende Kompetenzen für dieses wichtige Thema im Kreis aufgebaut werden.

Der Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Karsten Mankowsky nahm Bezug auf den von der CDU-Kreistagsfraktion vorgelegten Antrag zur Altpapierentsorgung (siehe **Anlage** ). Derzeit gelte ein in 1996 für 20 Jahre abgeschlossener Entsorgungsvertrag mit EGN, der einen Mischpreis über alle Abfallarten beinhalte. Bislang habe sich dieser Vertrag sehr bewährt. Die Gebühren im Kreis gehörten zu den günstigsten in der Region. Die Bedingungen bei der Altpapierentsorgung hätten sich mittlerweile jedoch drastisch geändert. Seien früher noch Zuzahlungen in Höhe von 25 € je t Altpapier erforderlich gewesen, würden nun Erlöse bis zu 100 € je t erzielt. Mittlerweile werde das für die Wirtschaftlichkeit der Entsorgungsanlagen bedeutsame Mengenrisiko relevant. Die EGN habe die Chance, von dieser Preisentwicklung zu profitieren. Man sei im Gespräch mit EGN, damit auch der Kreis hieran teilhaben kann. EGN habe mittlerweile signalisiert, dem Kreis beim Altpapierpreis entgegenzukommen. Im Falle einer Neuregelung müsse die Notwendigkeit einer EU-weiten Ausschreibung berücksichtigt werden. Hier sperre sich der Entsorger bislang. Andererseits treten im Kreis vermehrt gewerbliche Papiersammler auf, die teilweise den Bürgern das Altpapier abkauften. In jedem Falle dürften die Bürger mit geringeren Gebühren rechnen.

Nach Aussage von Landrat Dieter Patt habe sich das Abfallwirtschaftskonzept sehr bewährt. Nicht zuletzt die Gebührensituation belege dies. Nun wolle man die Neuentwicklung nutzen. Er werde das Thema auch in die Bürgermeisterkonferenz einbringen und die Politik auf dem Laufenden halten.

Der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel erklärte, dass seine Fraktion diese Bestrebungen mittrage. Wünschenswert sei eine Lösung, die sowohl der öffentlichen Hand als auch den kreisansässigen Verwertern zugute kommt.

Landrat Dieter Patt gab die Wettbewerbsbedingungen zu bedenken.

Der Kreistagsabgeordnete Reinhard Rehse begrüßte die in Aussicht gestellte Gebührensenkung. Man müsse die Bürger dazu bewegen, möglichst viel Papier an die gewerblichen

Sammler abzugeben, um so zusätzlichen Druck auf EGN aufzubauen.

Landrat Dieter Patt versicherte, dass auf eine Lösung im Sinne der Bürger hingearbeitet werde. Er rief sodann zur gemeinsamen Beschlussfassung über die Bestätigung der Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses sowie über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf.

KA/20080604/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschloss einstimmig,

1. die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses vom 20.05.2008 zu bestätigen und zu seinen Beschlüssen zu erheben.
2. die Verwaltung zu beauftragen,
 - a) die aktuelle Situation bei der Altpapierentsorgung in der nächsten Bürgermeisterkonferenz zu besprechen und Handlungsmöglichkeiten mit den Kommunen abzustimmen,
 - b) in intensiven Verhandlungen mit EGN darauf zu dringen, dass die entsorgungspflichtigen Körperschaften im Interesse einer anteiligen Mitfinanzierung der Abfallgebührenhaushalte und damit im Interesse der Gebührenzahler an den Verwertungserlösen für Altpapier beteiligt zu werden,
 - c) dem Kreisausschuss bzw. dem zuständigen Fachausschuss zeitnah zu berichten.

3. Kenntnisnahme von Niederschriften der Ausschüsse

3.1. Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde vom 24.04.2008

KA/20080604/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm die Niederschrift über die Sitzung des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde vom 24.04.2008 einstimmig zur Kenntnis.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung (Stand: April - Mail 2008)

Vorlage: 61/069/2008

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

KA/20080604/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

5. Bericht zur Regionalarbeit (Stand: April - Mai 2008)

Vorlage: 61/070/2008

Protokoll:

Der Kreistagsabgeordnete Horst Fischer nahm Bezug auf den im Bericht dargestellten Entwurf für den ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplan und das Förderprogramm für Investitionsmaßnahmen des ÖPNV in besonderer Landesinteresse und hinterfragte die Realisierung der Maßnahme lt. lfd. Nr. 41 des Teils A des Entwurfs.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petraschke bestätigte, dass die Kategorisierung A bedeute, dass mit der jeweiligen Maßnahme bereits begonnen bzw. diese umgesetzt worden sei.

Auf die Fragen des Kreistagsabgeordneten Horst Fischer, welche Bahnhöfe von der Maßnahme gemäß lfd. Nr. 42 und welche Aufzüge von der Maßnahme gemäß lfd. Nr. 5 betroffen seien, kündigt der Kreisdirektor Hans-Jürgen Petraschke an, dass man diese Informationen nachreichen werde.

Der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güssen merkte an, dass er in der Auflistung die Attraktivierung der Bahnhöfe in Rommerskirchen und Gustorf vermisse.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petraschke gab zu bedenken, dass es hier vornehmlich um die Verkehrsvereinfachung und in zweiter Linie um die Barrierefreiheit gehe. Das Aussehen im Übrigen sei nicht relevant, wobei die Attraktivität sicher eine Rolle für den Nutzer spiele.

KA/20080604/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

6. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende

Protokoll:

Der Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Stefan Stelten informierte über die aktuelle Entwicklung. Gegenüber April verzeichne man im Mai 100 Bedarfsgemeinschaften weniger, was einer Belastungsreduzierung um 120.000 € entspreche. Im Vergleich zum Mai des Vorjahres sei die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 474 gesunken.

Der Kreistagsabgeordnete Dieter Jüngerkes erinnerte daran, dass in der letzten Sitzung des Kreisausschusses seiner Bitte zugestimmt worden sei, künftig bereits in den Vorlagen die Gesamtsummen anzugeben, damit nicht immer ein Nachschlagen im Haushaltsplan erforderlich sei.

Der Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Stefan Stelten bestätigte dies. Bei der Vorlagenerstellung für die heutige Sitzung habe ihm die Niederschrift jedoch noch nicht vorgelegen. Beim nächsten Mal werde die Bitte beachtet.

7. Ausbau der Schwerpunktbildung an den Berufsbildungszentren Vorlage: 40/071/2008

Protokoll:

Der Ltd. Kreisrechtsdirektor Tillmann Lonnes teilte mit, dass man die Gespräche mit den Unternehmen aufgenommen habe und die Resonanz positiv sei.

Die Schwerpunktbildung werde grundsätzlich befürwortet, so der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güssen. Er fragte nach der Sicherstellung der ÖPNV-Verbindungen für die Schüler.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke gab zu bedenken, dass der Kreis der Schüler noch gar nicht bekannt sei. Eine Sicherstellung von ÖPNV-Verbindungen zu jeder Zeit und zu jedem Ort sei unrealistisch.

Landrat Dieter Patt betonte, dass es bei den Verbindungen im Zusammenhang mit der aktuellen Schwerpunktbildung bislang keine Probleme gegeben habe. Wenn sich jedoch welche ergäben, würde man sich um Lösungen bemühen.

Der Kreistagsabgeordnete Stephan Ingenhoven erinnerte an die Historie der Berufsbildungszentren und der Schwerpunktbildung. Der Beschlussvorschlag sei eine Fortführung der bewährten Bildungspolitik.

Nach Aussage von Landrat Dieter Patt sei entscheidend, dass den Berufsschulen weitreichende Perspektiven geboten werden.

Die Kreistagsabgeordnete Beate Pricking befürwortete den Beschlussvorschlag. Nach den gesetzlichen Änderungen sei nun ein verstärktes Wettbewerbsverhältnis zwischen den Berufsschulen entstanden. Die Reaktion der Unternehmen sei erfreulich.

KA/20080604/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfahl dem Kreistag einstimmig, die in der Anlage der vorgelegten Erläuterung aufgeführten und mit den Ausbildungsbetrieben abgestimmten Änderungen der Fachklassen für Ausbildungsberufe an den Berufsbildungszentren des Rhein-Kreises Neuss zu beschließen.

8. Mehrzweckgebäude für die Joseph-Beuys-Schule Vorlage: 40/072/2008

Protokoll:

Der Kreistagsabgeordnete Stephan Ingenhoven stellte fest, dass sich die Sache seit der letzten Sitzung des Kreisausschusses sehr positiv entwickelt habe. Er vermisse jedoch weiterhin eine Stellungnahme der Schule. Mit Blick auf den hohen Zeitdruck fragte er nach etwaigen Signalen seitens der Stadt Neuss, von der man nun abhängig sei.

Nach Aussage von Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke sei die Schule involviert. Zur angeblichen Abhängigkeit von der Stadt Neuss merkte er an, dass für sämtliche Varianten eine Änderung des örtlichen Planungsrechts erforderlich sei. In diesem Zusammenhang werden alle Varianten mit der Stadt Neuss besprochen.

Die Kreistagsabgeordnete Beate Pricking hob die Bedeutung der Grundsatzentscheidung in der letzten Sitzung des Kreisausschusses hervor. Alles Weitere müsse nun noch kommen.

Die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erklärte sich mit dem Beschlussvorschlag einverstanden. Sie hoffe darauf, dass sich die Belange der Schüler einerseits und des Planungsrechts andererseits in guter Waage halten lassen.

Landrat Dieter Patt verwies auf das besondere Schülerklientel. Eine schülergerechte Lösung sei daher unabdingbar.

KA/20080604/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

9. Vorbereitende Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 11.06.2008 -öffentlicher Teil-

Protokoll:

Veranstaltergemeinschaft Lokaler Rundfunk

Unter Hinweis auf die Inkompatibilität von Bundestags- bzw. Landtagsmandat einerseits und einer Mitgliedschaft in der Veranstaltergemeinschaft des Lokalen Rundfunks andererseits fragte der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel, ob der Kreistag in seiner kommenden Sitzung nicht über einen Ersatz für die stellvertretende Landrätin Ulrike Apel-Haefs und den Kreistagsabgeordneten Lutz Lienenkämper in der Veranstaltergemeinschaft entscheiden müsse.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petraschke erklärte, dass die Inkompatibilität derzeit noch diskutiert werde. Sofern eine Nachwahl erforderlich werde, könne der Kreistag im September hierüber entscheiden.

Er gehe davon aus, dass die Veranstaltergemeinschaft aufgrund der aktuellen Umstände von Juli – September beschlussunfähig sein werde, so der Kreistagsabgeordnete Eberhard Hücker. Die Landesregierung habe eine Lösung der Inkompatibilitätsfragen im Herbst in Aussicht gestellt.

Der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel gab zu bedenken, dass man sich nicht darauf verlassen dürfe, dass auch tatsächlich eine Lösung kommt.

Nach Ansicht des Kreistagsabgeordneten Eberhard Hücker seien die Verantwortlichen inzwischen in der dringenden Pflicht, aktiv zu werden.

Unter Berufung auf Äußerungen seitens des Verbands der Lokalen Rundfunkveranstalter erklärte der Kreistagsabgeordnete Reinhard Rehse, dass eine Gesetzesänderung nicht zu erwarten sei. Der Kreistag sei gut beraten, nicht auf sein Präsenzrecht in der Veranstaltergemeinschaft zu verzichten und daher in der nächsten Sitzung doch zwei neue Mitglieder zu wählen.

Der Kreistagsabgeordnete Eberhard Hücker regte diesbezüglich Gespräche der Fraktion

untereinander an.

In Anbetracht der offensichtlichen Bedenken kündigte Landrat Dieter Patt an, dass er das Thema im nächsten Kreistag aufrufen werde.

zu TOP 7 „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa - Wettbewerb familienfreundliches Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss 2008“

Die Kreistagsabgeordnete Beate Pricking regte eine Änderung der Vorlage an. Es sollten insbesondere kleinere und mittelständische Betriebe Berücksichtigung finden.

Landrat Dieter Patt erklärte, dass dies in der Sitzung des Kreistags zu beantragen sei.

Nach der nachstehenden Beschlussfassung machte der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel auf den Antrag seiner Fraktion zum Energiepakt aufmerksam, den er unmittelbar vor der Sitzung an den Landrat und die Fraktionen verteilt habe. Er bitte um Aufnahme in die Tagesordnung.

Ohne ausdrückliche Beschlussfassung erklärte sich der Kreisausschuss damit einvernehmlich einverstanden.

KA/20080604/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfahl dem Kreistag einstimmig, die Tagesordnungspunkte 3, 6 und 8 – 14 den vorliegenden Beschlussempfehlungen entsprechend zu beschließen.

10. Mitteilungen

Protokoll:

Verfügung des Regierungspräsidenten zur Haushaltssatzung des Rhein-Kreises Neuss für das Haushaltsjahr 2008

Der Kreistagsabgeordnete Eberhard Hücker zeigte sich erfreut über die Stellungnahme des Regierungspräsidenten zum Kreishaushalt 2008. Die ausgeglichene Ergebnis- und Finanzplanung und insbesondere die Entwicklung des Schuldenabbaus seien beachtlich.

Der Kreistagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai erinnerte an seine Haushaltsrede und unterstrich die aktive Beteiligung der FDP an den Haushaltsdebatten. Kommunalpolitik sei mehr Sach- denn Parteipolitik. Auch wenn es vereinzelt sicher Meinungsunterschiede gebe, werde gute Arbeit geleistet und er freue sich über das Ergebnis.

Der Kreistagsabgeordnete Dieter Jüngerkes stellte klar, dass die Ablehnung des Haushalts durch seine Fraktion nicht bedeute, dass diese die Entschuldung nicht mittrage, die Entschuldung liege auch im Sinne der Städte und Gemeinden durch eine entsprechend verringerte Kreisumlage.

Der Regierungspräsident, so der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güsgen, wirke allerdings auch auf eine Fortsetzung der Sparpolitik hin, auf dass die Belastungen der Kommunen im Zuge der Kreisumlage weiterhin in vertretbarem Rahmen gehalten werde.

Nach Aussage der Kreistagsabgeordneten Susanne Stephan-Gellrich würde der Verkauf der RWE-Aktien dem Regierungspräsidenten noch mehr Rechnung tragen.

An den Kreistagsabgeordneten Jürgen Güsgen gewandt stellte der Kreistagsabgeordnete Eberhard Hücker klar, dass es sich beim Appell des Regierungspräsidenten um einen generellen Leitsatz handele.

Der 1. stellvertretende Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose ergänzte hierzu, dass dies eine grundsätzlich zu befolgende allgemeine Klausel sei. Zum Thema Verkauf der RWE-Aktien verwies er auf die Niederschrift zur letzten Sitzung des Betriebsausschusses der Seniorenhäuser. Dort seien u. a. die Sanierungsmaßnahmen Beratungsgegenstand gewesen. Ohne die besagten Aktien müssten diese Maßnahmen aus dem Kreishaushalt finanziert werden. Dank der aktuellen Politik sei dies aber nicht erforderlich. Der Rhein-Kreis Neuss sei der erste Träger, der seine Seniorenhäuser zertifizieren lasse, um einen hohen Qualitätsstandard zu gewährleisten, der insbesondere den Bedürfnissen der Heimbewohner gerecht werde. Die damalige Entscheidung zur Übernahme des Lindenhofes sei eine weitreichende politische Entscheidung gewesen, die sich als richtig und hilfreich für die Betroffenen erwiesen habe.

Reise des Partnerschaftskomitees nach Mikolow vom 26. – 29.05.2008

Der Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Stefan Stelten informierte über die jüngste Reise des Partnerschaftskomitees nach Mikolow. Zentraler Punkt sei die gemeinsame Sitzung mit dem Partnerschaftskomitee in Mikolow gewesen. Die Komitees seien sich darüber einig, dass die Schwerpunkte der gemeinsamen Aktivitäten im Bereich der Jugend seien. So wollten beide Komitees einen Jugendaustausch im Rahmen des diesjährigen 4-Nationen-Camps sowie einen weiteren Austausch der beiden Jugendfeuerwehren unterstützen. Ebenfalls erfreulich sei, dass seitens des polnischen Steinkohlekraftwerks großes Interesse an der geplanten deutsch-polnischen Energiekonferenz geäußert wurde.

11. Anfragen

11.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.05.2008 zum Thema "Transparente Verwaltung"; hier: Sponsoringleistungen für den Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Kreisverwaltungsdirektor Günter Hassels erklärte, dass der Landrat mit Blick auf die Vorgaben des Innenministers zur Veröffentlichung von Sponsoring und Spendenleistungen festgelegt habe, dass jährlich und öffentlich im Rechnungsprüfungsausschuss über solche Leistungen mit einem Wert über 500 € berichtet wird. Bekanntlich sei zuletzt im Mai 2007 im Rechnungsprüfungsausschuss berichtet worden. Die Spenden und Sponsoringleistungen von 2007 werden Gegenstand des Rechnungsprüfungsausschusses im kommenden November sein.

Es handele sich somit um eine bekannte Pflichtübung, so Landrat Dieter Patt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Dieter Patt um 16:05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Landrat

Schriftführer